

**Geschäftsführerin Hannah Freudenstein**

Elisabethstr. 9  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873  
Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 1. Nov. 2022

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 21. Oktober 2022

## **Soziale Frage in Form niederschwelliger Essensangebote und Entlastung der Bürger:innen durch Einführung Einwohner:innen Energiegeldes – III. Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Charta für Gleichstellung von Mann und Frau – Klimaschutz durch Photovoltaik – Fachtagung Queerkompetenz.**

**Vorabbermerkung: Die gesamte StVV war gekennzeichnet vom deutlich erkennbaren Willen der Koalition, möglichst wenig über die vorliegenden Anträge – die fast ausschließlich von der Opposition kamen – zu diskutieren.**

Die StVV startete mit unserem dringlichen **Berichts Antrag zur Personalsituation im Bereich Ganztagschulen im Zuge der gesetzlichen Einführung eines Anspruchs auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/27**. In ihrer Begründung des dringlichen Berichtsantrags erläuterte Tanja Bauder-Wöhr zunächst den Hintergrund der Anfrage und führte aus, dass die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aktuell alle Städte und Landkreise in Hessen hierzu befragt, um sich einen Überblick über die aktuelle Personalsituation in den ganztägigen Angeboten im Grundschulbereich in Hessen zu verschaffen.

Bereits im Juli wandte sich die GEW mit ebendieser Nachfrage an den Magistrat und das städtische Schulamt der Universitätsstadt Marburg. Dabei interessierte, ob die Betreuung für unsere Kinder gewährleistet ist und ob genügend Lehrer:innen eingestellt werden, um einen qualifizierten Unterricht abzuhalten. Des Weiteren wurde nachgefragt, ob auch im Krankheitsfall des Lehrpersonals garantiert werden kann, dass kein Unterricht ausfällt. Sind ausreichend Stellen eingeplant, um eine reibungslose Freizeitgestaltung im Ganztage zu gewährleisten. Sind für diese ambitionierten Ziele auch Stellen für Sozialpädagogen vorgesehen? Leider wurde der Dringlichkeit unseres Berichtsantrags nicht stattgegeben, was erstaunlicherweise mit der angespannten Personalsituation in diesem Bereich begründet wurde - frühestens im Januar könne diesem Auskunftsersuchen in vollem Umfang nachgekommen werden.

Unser Sozialausschussvorsitzender Roland Böhm eröffnete dann die teils hitzige Debatte zum Thema **Organisation und Durchführung von Lebensmittelabgaben** mit den bekannten Zeilen aus dem Solidaritätslied: „Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zum Essen bitte sehr, es macht ihn ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her. Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er auch noch Kleider und Schuh, es macht ihn ein Geschwätz nicht warm und auch kein Trommeln dazu.“ (Bert Brecht). Und recht hat er!

Roland Böhm spricht die Damen und Herren der Koalition und der CDU/FDP direkt an: Sie werfen uns unisono und stereotyp vor, Panik zu verbreiten und Ängste schüren zu wollen, auch die Ortspresse hat mehrfach das Bild der „Suppenküche“ bemüht. Dabei sind es offensichtlich ihre eigenen Ängste und Assoziationen, die uns da entgegenschlagen, denn das, was sie uns vorwerfen, haben wir nie gesagt. Im Gegenteil, führen wir uns mal konkret die Situation vor Augen: Die Tafel hat momentan ca. 1000 Kund:innen in Marburg, mehr kann sie räumlich, personell und vom Essensangebot her nicht bedie-

nen, 800 stehen auf der Warteliste und täglich kommen neue Anfragen. Die „Fairteiler“ berichten, dass Menschen vor den Essensregalen/Kühlschränken sitzen und warten, dass jemand Lebensmittel spenden abgibt. Bei der Tagesaufenthaltsstätte (TAS) wird ebenfalls mehr Essen nachgefragt, als sie mit ihren momentanen Möglichkeiten/Kapazitäten ausgeben kann. Besonders unverständlich ist uns, wie man die Augen und Ohren vor Berichten aus den Gemeinwesenprojekten in den Marburger Stadtteilen verschließt. Sie haben in der vorletzten Jugendhilfeausschusssitzung im September berichtet, dass zu ihnen vermehrt Kinder kommen, um etwas zu essen zu bekommen. Diese Kinder berichten von ihren Ängsten, dass sie im Winter hungern müssten. Offensichtlich ist das Thema in Familien.

Weil die Stadt Marburg aktuell in der vorteilhaften Situation ist, über so viel Geld zu verfügen, dass vielfach das Bild des im Geld schwimmenden Dagobert Duck bemüht wird, kann Tanja Bauder-Wöhr nicht verstehen, warum man das Geld lieber in risikobehafteten Masterfonds anlegt (und ausgerechnet der sozialdemokratische Oberbürgermeister Spies sich anschickt der neue Landgraf zu werden und ca. 1 Mio. € in das Schloss Marburg zu investieren), anstatt der sozialen Verantwortung nachzukommen und es mit den Menschen und Familien in der Stadt zu teilen - auch in Form von Lebensmittelausgaben. Aus den Reihen der Koalition kamen indes nur die bekannten Vorwürfe der Panikmache und Populismus, weshalb Renate Bastian eindringlich vor den fatalen Folgen warnte, die sich ergeben, wenn man vorhandene Ängste abtut, die Augen vor der Realität Tausender verschließt und Probleme nicht angeht.

Ein ganz ähnliches Bild ergab sich bei unserer berechtigten Forderung nach **Einführung eines Einwohner:innen Energiegeldes**. Während es in der hessischen Stadt Kassel kein Problem war eine solche Entlastung für die Bewohner:innen einzuführen, hegt die Stadt Marburg hier große Bedenken. Obwohl die Idee mitten aus der Stadtgesellschaft kam, scheinbar hat in Marburg nur Erfolgsaussichten was direkt aus des Oberbürgermeisters Feder entspringt.

Erfreulicherweise besteht große Einstimmigkeit über alle Fraktionen hinweg zum Thema **III. Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**.

Abschließend diskutierte das Parlament unsere zwei Anträgen zum Thema Klimaschutz. Besonderes Augenmerk lag diesmal darauf, die **Regionale Energiewende in öffentlicher Hand voranbringen; Windvorrangflächen Bürgelner Gleiche/ Nördl. Lahnberge und Lichter Küppel/ Südl. Lahnberge durch die Stadtwerke Marburg zu entwickeln, sowie die Errichtung von Photovoltaikanlagen (PV) für Klimaschutz und bezahlbare Energieversorgung**. Mit vielen anschaulich vorgetragenen Argumenten bat Inge Sturm, dem schon seit über zehn Jahren in der politischen Diskussion befindlichen Ansinnen, Photovoltaik am Stempel auf einer stillgelegten Mülldeponie zu ermöglichen, zuzustimmen. Bereits im Jahr 2019 wurde in Marburg der Klimanotstand ausgerufen, seitdem ist jedoch leider nicht viel passiert. Seit September ist immerhin mit Dr. Kopatz ein eigener Dezernent für Klima und Bauen im Amt, der vollmundig verlautbaren ließ, die städtische Verwaltung arbeite stetig an Projekten und wir würden aus dem Staunen nicht herauskommen, sobald diese in der Öffentlichkeit präsentiert würden. Man möchte ihnen zurufen: „Machen ist wie Wollen - nur krasser!“ Die seit den 1980ern stillgelegte Mülldeponie am Stempel bietet sich für bezahlbare Energieversorgung durch Solarenergie in idealer Weise an: Auf 51 Hektar mit südwestlicher Ausrichtung - kein Baum, kein Strauch muss weichen - keine Zufahrtstraßen müssen gebaut werden. Keine gesundheitsgefährdenden Befürchtungen, denn die Schafe, die jetzt darauf weiden, brauchen die Fläche nicht zu verlassen. Eine Nutzung mit PV Anlagen schließt Landwirtschaft nicht aus. Beides kann sich ergänzen. Wir fordern: Die Stadt Marburg/Stadtwerke muss günstigen Strom selbst produzieren und an ihre Bürger günstig weitergeben. Andere Städte machen es vor - wir müssen nur über unseren Tellerrand schauen! Wir rufen dem Magistrat daher zu: Nehmen sie den Menschen die Angst vor der Zukunft, bauen sie mehr erneuerbare Energien aus und bieten sie den Menschen dieser schönen Stadt günstigen Strom an!

Die Stadt Marburg sprach sich in großer Mehrheit dafür aus, im nächsten Jahr eine **Fachtagung für „Queerkompetenz“** durchzuführen.

Freundliche Grüße von der Fraktion Marburger Linke

Tanja Bauder-Wöhr, Renate Bastian, Roland Böhm, Anja Kerstin Meier-Lercher, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm